

Frankfurt am Main, 4. Oktober 2018

Resolution zur Verkehrspolitik in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main

Das Handwerk im Kammerbezirk Frankfurt-Rhein-Main bekennt sich ausdrücklich zum Ziel der weiteren Verbesserung der Luftqualität und hat sich bereits in der Vergangenheit entsprechend in die gemeinsamen Positionspapiere der hessischen Wirtschaft zur Luftreinhaltung im Straßenverkehr, aber auch in das Papier des Zentralverband des Deutschen Handwerks zum Thema eingebracht. Wir begrüßen außerordentlich, dass der Einstieg in die Hardwarenachrüstungen und den Flottenaustausch gelungen ist. Dies ist ein wichtiger Punkt für die Handwerksunternehmer und die Mitarbeiter der Handwerksunternehmen.

Grundsätzlich festzuhalten ist:

In den vergangenen Jahrzehnten konnte eine massive Reduzierung fast aller Luftschadstoffe – mittlerweile auch in den Bereichen Feinstaub und Stickoxide (NOx) – erreicht werden. Das Engagement des Handwerks in der Gebäude-, Energie- und Fahrzeugtechnik, etwa im Bereich Kfz- oder Zweiradhandwerk, hat wesentlich dazu beigetragen. Trotz neuer Technologien und Verlagerungsmöglichkeiten werden in den kommenden Jahren nicht alle Verkehre emissionsfrei stattfinden können. Insbesondere im gewerblichen Verkehr wird der technische Fortschritt kurzfristig nicht dazu führen, dass auf Verbrennungs-/(Diesel)motoren verzichtet werden kann.

Die Verkehrspolitik und deren Auswirkungen auf Unternehmer und Arbeitnehmer im Handwerk wird daher für die Metropolregion FrankfurtRheinMain an Bedeutung gewinnen. Das regionale Handwerk fordert die Politik daher auf, verstärkt Gespräche mit Nachbarkommunen und Land über die Verkehrsplanung zu führen und dabei das regionale Handwerk und das Know-how der mit dem Thema Mobilität und Infrastruktur befassten Gewerke miteinzubeziehen.

Das Handwerk lehnt jede Art von Fahrverboten für Diesel sowie auch die Einführung einer sogenannten Blauen Plakette ab. Der Wirtschaftssektor Handwerk braucht Rechtssicherheit. Wenn geeignete saubere Fahrzeuge zur Verfügung stehen, muss der Austausch der Fahrzeugflotten mit bezahlbaren und ausreichenden Übergangsfristen, Ausnahmeregelungen für Spezialfahrzeuge und einer zielgerichteten finanziellen Förderung ausgestaltet werden. Für das Handwerk müssen weitreichende Ausnahmen und Übergangsregelungen festgesetzt werden, um unbillige Härten und eine Einschränkung der Versorgung der Städte zu vermeiden.

Die Themen Baustellenmanagement, digital optimierte Ampeleinstellungen, Tempolimits, sowie Wirtschafts-/Lieferverkehre dürfen sich nicht einseitig am Bedarf einzelner Gruppen orientieren, sondern bedürfen eines breiten Diskurses in der Gesellschaft. Dasselbe gilt für den Ausbau des Radverkehrs.

Darüber hinaus müssen Planungszeiträume verkürzt, der Ausbau der ÖPNV-Verbindungen in die und innerhalb der Region verbessert sowie die Tarifmodelle attraktiver gestaltet werden.

Straßensperrungen und Fahrbahnverengungen allein aus politisch-taktischen Erwägungen ohne Einbindung in einen Gesamtverkehrsplan lehnt das regionale Handwerk ab.